Nanina Graf

Diffuse Wahrheit. Narrative Kontrolle und politische Legitimation in Belarus seit 2020

Wahrheit – ein scheinbar universeller Wert und zugleich ein Konzept, das unweigerlich durch soziale, politische und kulturelle Kontexte geprägt wird. In autoritären Regimen stellt sie eine strategische Ressource dar, ein Mittel politischer Performanz. Was als wahr gilt, wird dort nicht entdeckt, sondern durch Dekrete, Rituale und Wiederholungen konstruiert. Indem Wahrheit auf diese Weise politisiert und staatlich verwaltet wird, verliert sie an zivilgesellschaftlicher Überprüfbarkeit und dient als Instrument zur Sicherung staatlicher Machtstrukturen. Sie ist somit kein neutrales, für sich stehendes Prinzip, sondern muss erzählt und konnotiert werden. Der Mensch fungiert in dieser Praxis als ein erzählendes Wesen, das Wahrheit nicht einfach wiedergibt, sondern Erzähltes erzählt und auf diese Weise (re)produziert. Der narrative Inhalt tritt dabei hinter die performative Dimension zurück: Im Zentrum steht nicht das Erzählen *von* Wahrheit, sondern das Erzählen *als* Wahrheit.

Ihre Übermittlung funktioniert entsprechend nicht nur als Mittel der Sinnstiftung, sondern auch als Instrument zur Destabilisierung, Umlenkung oder Auflösung bestehender Sinnbezüge.[1] Diese Ambivalenz zeigt sich insbesondere dort, wo Narrative strategisch eingesetzt werden – sei es zur Legitimation von Herrschaft, zur Manipulation öffentlicher Diskurse oder zur Konstruktion autokratischer Wirklichkeiten. Aus epistemologischer Sicht ist Wahrheit daher eng

1 Vgl. Albrecht Koschorke: Wahrheit und Erfindung. Grundzüge einer Allgemeinen Erzähltheorie, Frankfurt a.M. 2012, 11.

mit Fragen der Macht und einer bestimmten Ordnung von Wissen verbunden. Michel Foucault versteht sie etwa als Prozess und somit als «eine Gesamtheit von geregelten Verfahren für die Produktion, das Gesetz, die Verteilung, das Zirkulierenlassen und das Funktionieren von Aussagen».[2] Wahres zu äussern, bedeute nicht, die Wahrheit zu sagen, sondern diese in Räumen zu produzieren, die wahr und falsch konnotieren und entsprechend regulieren.[3] Wahrheit unterliegt demnach spezifischen Machtmechanismen, die ihre Produktion und Verbreitung steuern. Dass Wahrheit keine statische Einheit darstellt, betont bereits Friedrich Nietzsche, der ihre Deutung unter anderem im wechselhaften Verhältnis historischer Konventionen sieht.[4]

Doch was geschieht, wenn diese Dynamik zur strategischen Waffe eines autokratischen Regimes wird? Wenn Wahrheit nicht nur beeinflusst, sondern gezielt (de)konstruiert wird, um ein fingiertes, oft mehrdimensionales, sogar diffuses Wirklichkeitsnarrativ zu etablieren? Hannah Arendt erklärt in diesem Zusammenhang treffend, dass nicht die Verdrehung von Fakten und Meinungen allein zu einem veränderten Verständnis von wahr und falsch führe, sondern der damit einhergehende Orientierungsverlust.[5] Ihre Wirkung zeigen solche Wahrheitsbilder deshalb gerade dadurch, dass sie vage, widersprüchlich und diffus bleiben. Sie inszenieren Orientierung, wo eigentlich Verwirrung herrscht. Ob sich daran anschliesst, was Albrecht Koschorke als «enacted narrative»[6] benennt, also das Praktisch-Werden von Erzähltem und damit die Verkehrung der zeitlichen Abfolge von Fakt und Fiktion, bleibt offen. Erkennbar ist

2 Michel Foucault: Gespräch mit Michel Foucault, in: ders.: Dits et Ecrits. Schriften, III (1976–1979), hg. von Daniel Defert, François Ewald, Frankfurt a.M. 2003, 186–213, hier 212.

3 Vgl. M. Foucault: Diskussion vom 20. Mai 1978, in: ebd., IV (1980–1988), 2005, 25–43, hier 34.

4 Vgl. Friedrich Nietzsche: Menschliches, Allzumenschliches, I, Nachgelassene Fragmente, 1876 bis Winter 1877–1878, hg. von Giorgio Colli, Mazzino Montinari, Berlin 1967, 20–21.

5 Vgl. Hannah Arendt: Wahrheit und Politik, in: dies.: Wahrheit und Lüge in der Politik. Zwei Essays, München 2013, 44–92, hier 83.

6 A. Koschorke: Wahrheit und Erfindung, 23.

jedoch, dass solche diffusen Narrative, unabhängig von ihrer Anschlussfähigkeit, machtpolitisch mitschwingen und disziplinieren. So betont auch Sylvia Sasse, dass «die Verkehrung das Instrument autokratischer, totalisierender Bestrebungen [sei], die alle Formen der Repräsentation, Darstellung und Interpretation betreffen.»[7] So würden sämtliche politischen Ziele und Handlungen konsequent verdreht und uminterpretiert – darunter Begriffe, Symbole, Praktiken oder die Wirklichkeit.[8]

Wie sich diese Mechanismen konkret auswirken, lässt sich besonders deutlich im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und der geopolitischen Rolle beobachten, die Belarus dabei einnimmt. Während sich Vladimir Putin in seiner Rede zum Invasionsbeginn vom 24. Februar 2022 auf «Gerechtigkeit und Wahrheit»[9] beruft, inszeniert sich Belarus als unbeteiligter Bewahrer von Stabilität. Innenpolitisch wird dieses Narrativ insbesondere dazu genutzt, um jede Form von Widerstand als Bedrohung für die nationale Ordnung zu markieren. Diese Entwicklung ist indes nicht neu. Seit der Machtübernahme von Aljaksandr Lukašėnka im Jahr 1994 wurde der Wahrheitsbegriff in Belarus schrittweise politisiert und verzerrt. Mit den wiederholt gefälschten Präsidentschaftswahlen und den landesweiten Protesten im Jahr 2020 hat sich diese Praxis zudem deutlich verschärft. Friedliche Proteste werden als Extremismus diffamiert, staatliche Repressionen als Wahrung der Ordnung legitimiert und Oppositionelle als Instrumente westlicher Einflussnahme und als terroristische Bedrohung gebrandmarkt. Die staatlich kontrollierte Wahrheitsproduktion konstruiert dabei nicht nur ein geschlossenes Bedrohungsszenario, sondern dient zugleich als Herrschaftsinstrument, das politische Opposition delegitimiert und die gesellschaftliche Wahrnehmung von Sicherheit und Risiko grundlegend verschiebt.

7 Sylvia Sasse: Verkehrungen ins Gegenteil. Über Subversion als Machttechnik, Berlin 2023, 32.

8 Vgl. ebd., 31–32.

9 Vladimir Putin: Obraščenie Prezidenta Rossijskoj Federacii, in: kremlin.ru, 24.02.2022, http://kremlin.ru/events/president/news/67843 (27.05.2025).

Wahrheit erscheint in autokratischen Systemen wie Belarus somit nicht als zu entdeckende Realität, sondern als politisch formbare Grösse. Die Auseinandersetzung mit ihr zielt weniger auf die Analyse von Fakten als auf die Dekonstruktion von Erzählmustern ab. Unwahrheit wird als Wahrheit erzählt und unterscheidet sich dabei von der bewussten Lüge insofern, als sie sich durch systematische Wiederholung und institutionelle Legitimation den Anschein von Objektivität gibt. Im Fokus der folgenden Analysen steht daher die Frage, wie die belarusische[10] Regierung durch gezielte Konstruktion von fingierten Straftatbeständen die Grenzen zwischen Wahrheit und Fiktion verwischt, um ihre politische Kontrolle zu sichern und internationalen Diskursen entgegenzuwirken.

Fingierte Straftatbestände als Konfliktverschiebung

Seit den gefälschten Präsidentschaftswahlen im August 2020 und den darauffolgenden friedlichen Protesten hat das belarusische Regime systematisch Massnahmen implementiert, um Regimekritik und Oppositionelle zu bestrafen. Tausende wurden unrechtmässig inhaftiert und aufgrund konstruierter Anklagen vor Gericht gestellt. Die Betroffenen setzten sich für fundamentale Menschenrechte ein, darunter das Recht auf freie Wahlen und Meinungsfreiheit. Als Folge wurden zahlreiche Personen zu unverhältnismässig langen Haftstrafen verurteilt, häufig unter dem Vorwurf extremistischer oder terroristischer Aktivitäten.

Diese verstärkte Kriminalisierung der politischen Opposition darf nicht allein als Mittel der Repression verstanden, sondern muss auch als gezielte Verschiebung gesellschaftlicher Konfliktzonen gewertet werden. Während Protestbewegungen und abweichende Meinungen in demokratischen politischen Institutionen hätten verhandelt werden müssen, werden sie in Belarus seit 2020 vollumfänglich in

10 Ich verwende die Schreibweise mit einem ‹s›, da ‹belarusisch›, abgeleitet vom Staatsnamen ‹Belarus› und von dem darin enthaltenen ‹Rus›, nicht auf Russland, sondern auf die historische Kiewer Rus verweist.

den Bereich der Kriminalität überführt. Damit werden gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen in ein juristisches Feld verlagert, in dem sie nicht mehr als legitimer Ausdruck von zivilgesellschaftlichem Dissens erscheinen, sondern als Bedrohung für die öffentliche Ordnung. Somit bestimmen nicht die ursprünglichen Konfliktlinien, *in casu* die Fälschung der Wahlergebnisse, die gesellschaftliche Wahrnehmung solcher Prozesse, sondern vielmehr die Art ihrer medialen und politischen Artikulation.[11]

Ein prägnantes Beispiel dieser Strategie ist die steigende Anzahl von Verurteilungen aufgrund vermeintlich extremistischer Aktivitäten. Allein seit 2021 wurden mindestens 248 Personen aufgrund von Art. 361-1 («Gründung einer extremistischen Vereinigung oder Beteiligung an einer solchen») des belarusischen Strafgesetzbuches angeklagt und verurteilt.[12] Die belarusische Menschenrechtsorganisation Vjasna (dt. Frühling) zählt darüber hinaus 257 Gruppierungen, die bis Januar 2025 als extremistisch eingestuft wurden – darunter 89 Beschlüsse aus dem Jahr 2024.[13] Dieselbe Dynamik spiegelt sich auch in den Urteilen nach Art. 19.11 («Vertrieb, Herstellung, Lagerung und Transport von Informationsmitteln, die Aufrufe zu extremistischen Aktivitäten enthalten oder solche Aktivitäten fördern») des belarusischen Verwaltungsgesetzbuches wider. Seit 2008 wurden in Belarus 3567 Personen aufgrund vermeintlich extremistischen Materials schuldig gesprochen. Allein 40.5 Prozent dieser Verurteilungen, so Vjasna, entfielen auf das Jahr 2024.[14]

Angesichts der jüngsten Präsidentschaftswahl vom 26. Januar 2025, aus welcher Aljaksandr Lukašėnka erwartungsgemäss erneut als Sieger hervorging, dürfte diese Zunahme an strafprozessualen

11 Vgl. Nils C. Kumkar: Alternative Fakten. Zur Praxis der kommunikativen Erkenntnisverweigerung, Berlin 2022, 316.

12 Vgl. Viasna: In 2024, 89 «extremist formations» were recognized, including media, a theater troupe, and public organizations, 10.01.2025, https://spring96.org/en/news/117124 (31.01.2025).

13 Vgl. ebd.

14 Vgl. Viasna: 40.5% of all the «extremist» rulings were issued in 2024. What was recognized as «extremist» last year, 17.01.2025, https://spring96.org/en/news/117197 (31.01.2025).

Massnahmen und Verurteilungen auf entsprechende Präventionsmassnahmen zurückzuführen sein. Die damit intendierten Mechanismen gehen allerdings weit über die blosse Kriminalisierung von Oppositionellen und damit der Vorbeugung von erneuten Protesten hinaus. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Konstruktion eines allgegenwärtigen Bedrohungsszenarios zentral war. Ausgehend von einem breiten Feindbild und damit dem Narrativ, dass sämtliche Oppositionelle eine Bedrohung für Belarus darstellten, wird ein permanenter Ausnahmezustand kultiviert. Dieser dient nicht nur der Ablenkung von staatlichen Vergehen, sondern schafft auch den Rahmen für ein repressives Vorgehen gegen jegliche Abweichungen. Gemessen wird dies zudem an einer Norm, die selbst diffus und intransparent bleibt.

Begriffe wie ‹Extremismus› oder ‹Terrorismus› werden im belarusischen Rechtssystem bewusst unscharf gehalten, so dass ihre Anwendung de facto willkürlich und missbräuchlich ausgeweitet werden kann.[15] Diese strategische Irregularität ist nicht nur Ausdruck einer staatlichen Legitimationskrise, sondern auch zentraler Bestandteil der repressiven Herrschaftsmechanismen. Eine Nachricht in einem Telegram-Kanal, ein Kommentar unter einem Instagram-Post oder der Besitz vermeintlich extremistischer Materialien – selbst alltägliche Handlungen können unvorhersehbare und unverhältnismässige Sanktionen nach sich ziehen.

Ausserdem hat Lukašėnka am 21. Juli 2022 einen Präsidialerlass unterzeichnet, der es gestattet, belarusische Staatsangehörige wegen vermeintlichem Extremismus oder Terrorismus *in absentia* vor Gericht zu stellen, ihnen in Folge die belarusische Staatsbürgerschaft zu entziehen und ihre Vermögenswerte in Belarus zu konfiszieren – und dies, ohne die Betroffenen im Ausland zu informieren.[16] Darüber

15 Vgl. Anaïs Marin: Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in Belarus, 25.08.2023, 6, https://documents.un.org/doc/undoc/gen/n23/251/37/pdf/n2325137.pdf (31.01.2025).

16 Vgl. dazu Anaïs Marin et al.: Mandates of the Special Rapporteur on the situation of human rights in Belarus, 23.12.2023, 1–2,

hinaus wurde Anfang 2023 eine Kommission eingerichtet, die es im Exil lebenden Personen mit belarusischer Staatsangehörigkeit ermöglichen sollte, unter bestimmten Umständen nach Belarus zurückzukehren. Lukašėnka erklärte diesbezüglich am 24. Januar 2023, dass diejenigen, die bereit seien, «in Frieden zu leben und für das Wohl ihres Landes zu arbeiten»,[17] nicht von der Gesellschaft abgelehnt werden sollten. Ausgeschlossen seien aber diejenigen, die dem Land und seiner Bevölkerung vorsätzlich Schaden zugefügt hätten – darunter Personen mit vermeintlich extremistischen Auffassungen und solche, die eine terroristischen Bedrohung darstellen. Für sie gebe es «keinen Weg zurück»,[18] so Lukašėnka.

Diese Chance mag zwar einladend anmuten, gliedert sich aber unmissverständlich in die bisher benannten Kontrollmechanismen ein. Durch die Spaltung der Diaspora in emigriert-feindlich und emigriert-loyal soll die Opposition im Ausland nicht nur diskreditiert, sondern auch bestraft werden. Diese Dichotomie ist dabei weit mehr als eine blosse rhetorische Strategie: Sie wirkt tief in das soziale Gefüge hinein und zementiert die Spaltung zwischen jenen, die sich anpassen, und jenen, die marginalisiert werden. So gibt der selbsternannte Präsident unter anderem an, dass einzig diejenigen, die ihre Fehler erkannt, Busse getan und ein öffentliches Bekenntnis publiziert haben, die Möglichkeit bekämen, nach Belarus zurückzukehren.[19] Die staatlich propagierte Wahrheit dient dabei als ultimative Referenz, die weder hinterfragt noch verhandelt werden darf. Dieses Narrativ ist als Instrument der ideologischen Disziplinierung zu

https://spcommreports.ohchr.org/TMResultsBase/DownLoadPublicCommunicationFile?gId=27783 (31.01.2025).

17 Vgl. Valentin Efimčik: Komissija po vozvraščeniju v Belarus' 2023: dlja kogo, kak obratit'sja, kogda primut rešenie, in: Komsomol'skaja Pravda, 06.02.2023, «Те, кто готов жить в мире, созидать для блага своей страны, не должны быть отвергнуты обществом.» https://www.belarus.kp.ru/daily/27461/4717209/ (31.01.2025).

18 Vgl. ebd.

19 Vgl. Valentin Efimčik: Lukašenko nazval publičnoe raskajanie objazatel'nym usloviem vozvraščenija v Belarus', in: Komsomol'skaja Pravda, 24.01.2023, https://www.belarus.kp.ru/online/news/5109950/ (31.01.2025).

verstehen, das wesentlich dem Vorbild des von Stalin ab 1927 etablierten gesellschaftlichen Kontrollsystems von Kritik und Selbstkritik (russ. kritika i samokritika) folgt.[20] Durch die Verknüpfung von Bestrafung und vermeintlicher Versöhnung versucht das Regime insbesondere auch, die moralische und politische Kontrolle über die belarusische Bevölkerung im In- und Ausland zu behalten.

Obwohl es emigrierten Personen stets freistand, das vermeintliche Versöhnungsangebot des Staates anzunehmen, übte das belarusische Regime nur wenig später zusätzlichen Druck auf die Diaspora aus. So ist es ihnen seit September 2023 nicht mehr möglich, ihre Ausweisdokumente bei einer Auslandsvertretung der Republik Belarus zu erneuern. Sie sind deshalb darauf angewiesen, alle zehn Jahre ins Land zurückzukehren und sämtliche Unterlagen vor Ort zu beantragen. In Anbetracht der Tatsache, dass viele der Betroffenen das Land aus sicherheitsrelevanten Gründen verlassen mussten, kann dieser Erlass als direkte Provokation und Bestrafung der vermeintlich Abtrünnigen verstanden werden. Sollten die emigrierten Personen nach Belarus zurückkehren, würden sie mehrheitlich umgehend verhaftet werden. Diese Einschätzung teilt auch die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, die in einer Pressemitteilung vom 20. September 2023 erklärt, dass das Dekret einen direkten Missbrauch staatlicher Sicherheitsmassnahmen darstelle und darüber hinaus gezielt gegen Emigrierte eingesetzt werde, um deren vermeintliche politische Illoyalität zu bestrafen.[21]

20 Im stalinistischen Kontrollsystem von Kritik und Selbstkritik wurden Personen dazu aufgerufen, sich selbst und andere regelmässig zu kritisieren und diese Schreiben öffentlich zu publizieren. Diese Massnahme diente als ideologisches und disziplinarisches Werkzeug, um die Konformität mit der offiziellen Parteilinie zu sichern, potenziell dissidente Personen zu isolieren und die Bevölkerung zur Selbstüberwachung zu erziehen. Vgl. dazu Nanina Graf: Geständniszwang und Wahrheitsproduktion. Zur Instrumentalisierung von Selbstkritik in Belarus seit 2020. Unveröffentlichte Masterarbeit an der Universität Zürich, Zürich, Moskau 2023, 19–30.

21 Vgl. Anaïs Marin et al.: Belarus. Presidential decree denying consular services puts Belarusians abroad at risk, 20.09.2023,

Die Instrumentalisierung des Rechts zur Sanktionierung politischer Oppositioneller zeigt sich schliesslich nicht nur in der Kriminalisierung von Dissidenz, sondern auch in der Art und Weise, wie das Regime Loyalität und Zugehörigkeit definiert. Wer sich dem staatlichen Narrativ verweigert, wird sowohl aus der politischen Gemeinschaft als auch exemplarisch aus der belarusischen Nation verbannt. Diese Logik der Ausgrenzung spiegelt deshalb nicht zuletzt auch die politische Selbstinszenierung Lukašėnkas wider: Beschützer der Nation, Garant von Ordnung und Vaterfigur im Ausnahmezustand.

Vater, schaust du zu?

«Er war der Batka-Jabatka, ein Zweitvater in jeder Familie. Manche verachteten ihn, andere richteten sich ein, wieder andere liebten ihn. Aber rauswerfen konnte man ihn nicht.»[22] So beschreibt der Kunstschaffende Artur Klinaŭ in seinem dokumentarischen Journal *Acht Tage Revolution* (2021) die ambivalente Rolle, die der selbsternannte Präsident in Belarus einnimmt. Lukašėnka, der im Volksmund auch ‹Batka› (dt. Väterchen) genannt wird, präsentiert sich bewusst als Schutzherr eines Belarus, das scheinbar auf Loyalität und Einheit basiert. Der grosse Vater, der unermüdliche Wächter der Ordnung – diese Inszenierung als übermächtiger Patriarch spielt gezielt mit traditionellen Rollenbildern, die tief im postsowjetischen Belarus verankert sind. Bereits Stalin präsentierte sich als Führer und Vater der sowjetischen Völker, als eine allgegenwärtige, fast gottähnliche Figur, die die Ordnung überwachte und den Terror in

https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/09/belarus-presidential-decree-denying-consular-services-puts-belarusians (31.01.2025).

22 Artur Klinaŭ: Acht Tage Revolution. Ein dokumentarisches Journal aus Minsk, Berlin 2021, 11. Der Begriff ‹jabatka› beschreibt eine klangähnliche, aber ironisch-abwertende Abwandlung von ‹batka› (dt. Väterchen) und leitet sich semantisch vom negativ konnotierten Slang-Verb ‹jabat'› (dt. ficken) ab.

den Alltag einschreiben liess.[23] Im Unterschied dazu setzt Lukašėnka auf Nahbarkeit – er präsentiert sich als ein Mann des Volkes, dessen Reputation fest in seiner Herkunft und einfachen Lebensweise verankert ist: ehemaliger Kolchosen-Vorsitzender, mit dem Charisma eines Bauernführers, und liebevolles Herrchen eines weissen Zwergspitzes.[24] Doch diese Nähe ist ebenso strategisch wie manipulativ.

Am Beispiel der Reintegrationskommission zeigt sich, dass belarusische Emigrierte keinesfalls als Individuen mit eigenen Rechten betrachtet werden. Sie treten als verlorene Kinder auf, die durch Reue und Busse in den Schoss der Familie zurückkehren sollen. Indem Lukašėnka ihnen seine vermeintlich helfende Hand reicht, fordert er nicht nur die Wahrheit in Form von Einsicht gegenüber dem Staat ein, sondern verlangt zugleich die vollständige Subordination der individuellen Wahrheit unter die staatlich propagierte. Seine patriarchale Gnade[25] dient deshalb keineswegs der Versöhnung, sondern einzig der Legitimation seines Machtanspruchs – ein Narrativ, das tief in die Mechanismen seiner Herrschaft eingebettet ist. Wie ein Helikoptervater schwirrt er über der Gesellschaft, überwacht sie scheinbar lückenlos und greift gewaltsam ein, sobald er Abweichungen von der vorgegebenen Ordnung wittert.[26]

Bezeichnend für die Ausweitung dieser omnipräsenten Macht ist der Fall Rico Krieger. Der deutsche Staatsbürger wurde vom belarusischen Regime unter anderem des Terrorismus und Söldnertums

23 Vgl. Gerd Koenen: Stalin als große Utopie? Eine Gedankenskizze, in: Jürg Zarusky (Hg.): Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung, München 2006, 231–236, hier 234.

24 Vgl. Sylvia Sasse, Iryna Herasimovich: Demokratie als Chaos, Diktatur als Ordnung. Über das Rebranding von Diktatur, in: Geschichte der Gegenwart, 26.01.2025, https://geschichtedergegenwart.ch/demokratie-als-chaos-diktatur-als-ordnung-ueber-das-rebranding-von-diktatur/ (31.01.2025).

25 Angelehnt an den Begriff der «patriarchalen Sorge», den Sylvia Sasse und Iryna Herasimovich im Kontext der «Unseren» (russ. naši) verwenden, bezieht sich die hier verwendete ‹patriarchale Gnade› auf den Umgang mit jenen, die diesem Kreis nicht (mehr) zugehören. Vgl. hierzu S. Sasse, I. Herasimovich: Demokratie als Chaos, Diktatur als Ordnung.

26 Vgl. ebd.

beschuldigt und am 24. Juni 2024 zum Tode durch Erschiessen verurteilt. Dieses unverhältnismässig harte Urteil, das international für Aufsehen sorgte, markiert nicht zuletzt, wie Lukašėnka das Konzept des grossen Vaters zuspitzt: als Wächter, der nicht nur über das Leben und Tod seiner abtrünnigen Kinder, sondern auch über das Schicksal international tätiger Personen zu entscheiden scheint.

Zentral war dabei die mediale Inszenierung des Falls. Am 25. Juli 2024 veröffentlichte das belarusische Staatsfernsehen Belarus' 1 ein 17-minütiges Video, in dem Krieger seine angeblichen Taten gestand, Reue bekundete und Lukašėnka um Vergebung bat. Der Sender präsentierte die Aufnahme als «[b]losse Fakten aus erster Hand eines Terroristen.»[27] Krieger gibt darin an, dass der ukrainische Sicherheitsdienst (ukr. Služba bezpeky Ukraïny, SBU) ihn im Oktober 2023 damit beauftragt habe, militärische Anlagen in Belarus zu fotografieren. Man habe ihm Koordinaten mitgeteilt und ihn angewiesen, den dort versteckten Rucksack auf Zuggleisen südöstlich von Minsk zu platzieren. Dieser mit Sprengstoff beladene Gegenstand sei noch vor der Ankunft des Zuges explodiert – Verletzte habe es keine gegeben.[28] Krieger betont dennoch, dass dies der grösste und womöglich letzte Fehler seines Lebens gewesen sei.[29]

Die Aufnahme, die Krieger hinter Gittern auf einem einzelnen Stuhl zeigt, ist sichtlich als Verhör inszeniert. Das vermeintliche Geständnis wird an mehreren Stellen durch nachgestellte Szenen unterbrochen, in denen Krieger den belarusischen Sicherheitsbeamten Schritt für Schritt sein Vorgehen nachspielt. Die Konstruktion des Geständnisses, das mutmasslich unter Druck zustande kam, diente offensichtlich dazu, die Legitimität des Urteils zu untermauern. Solche öffentlichen Reuebekundungen sind in Belarus allerdings nicht neu. Seit den Protesten 2020 verbreiten staatliche Medien unzählige

27 NEWS.by: Prigovorën k smerti! Ispoved' nemezkogo terrorista. Riko Kriger – marionetka SBU. Podryv ž/d putej, 25.07.2024, Min. 02:09, «Только факты из первых уст террориста.» https://www.youtube.com/watch?v=nUE1ev700io&t=11s (31.01.2025).

28 Vgl. NEWS.by: Prigovorën k smerti!, 25.07.2024, Min. 09:27–11:15.

29 Vgl. ebd., Min. 08:12–08:27.

solcher Bussvideos (russ. pokajannye video), in denen verhaftete Personen sichtlich eingeschüchtert ihre vermeintliche Schuld eingestehen.[30] Die Videos zeichnen sich dabei weder durch hohe technische Qualität noch durch einen professionellen Anspruch aus. Statt die mangelnde Authentizität durch geschickte Inszenierung zu verbergen, werden die Aufnahmen, einschliesslich polizeilicher Gewalt und der Umstände ihrer Entstehung, bewusst unverhüllt präsentiert. Der scheinbar rohe Charakter der Aufnahmen suggeriert nicht zuletzt, dass hier nichts verborgen und die Wahrheit ungeschönt gezeigt wird.

Doch an wen sind diese Bilder gerichtet? An die internationale Diaspora? An die belarusische Gesellschaft im Inland? Oder an den Batka selbst? Es ist nämlich davon auszugehen, dass Lukašėnka diese Inszenierungen scheinbar mit Interesse verfolgt und sie womöglich sogar als gelungen empfunden hat. Denn nur fünf Tage nach der Veröffentlichung des Videos wurde bekannt, dass der belarusische Machthaber Krieger begnadigte. Dieser Schritt, der als spontane Grosszügigkeit des grossen Vaters dargestellt wurde, war aber offensichtlich Teil eines kalkulierten Schauspiels. Bereits am Folgetag kursierte im Netz eine Videoaufnahme, die Kriegers Reaktion auf seinen Freispruch festhielt. Aufgelöst vor Freude, dankt er Lukašėnka für seine Gnade und für die Möglichkeit, seine Tochter aufwachsen zu sehen.[31]

Am 1. August 2024 wurde Krieger schliesslich im Rahmen eines grossangelegten Gefangenenaustauschs zwischen Russland und

30 Einer der bekanntesten Fälle ist Raman Pratasevič, der am 23. Mai 2021 am Minsker Flughafen festgenommen wurde, nachdem sein RyanAir-Flug von Athen nach Vilnius über Belarus zur Notlandung gezwungen wurde. Er erschien nach seiner Inhaftierung in mehreren erzwungenen Fernsehinterviews und wurde inzwischen begnadigt. Zuletzt trat er als vermeintlich staatstreuer Mediator in zwei Gesprächen mit den inhaftierten Oppositionsfiguren Maryja Kalesnikava und Viktar Babaryka auf, die zuvor jahrelang ohne Kontakt zur Aussenwelt festgehalten wurden.

31 Vgl. Telekanal ONT: Kak graždanin Germanii Riko Kriger otreagiroval na rešenie Aleksandra Lukašenko o pamilovanii, 31.07.2024, Min. 01:44–02:06, https://www.youtube.com/watch?v=JEpSasezkcQ (31.01.2025).

westlichen Ländern nach Deutschland überstellt.[32] Dieser Austausch war der grösste seiner Art seit dem Ende des Kalten Krieges, umfasste jedoch ausschliesslich Personen, die von Russland festgehalten worden waren. Krieger war der einzige politische Gefangene aus Belarus, der freikam – was in scharfem Kontrast zur prekären Situation der bis dato etwa 1400 weiteren politischen Gefangenen, darunter auch führende Persönlichkeiten der belarusischen Opposition, steht.

Bereits vor seiner Begnadigung kursierten Spekulationen darüber, ob Kriegers Todesurteil im Kontext dieses Austauschs inszeniert wurde. So wäre es denkbar, dass das Regime durch die Drohung mit der Todesstrafe gezielt internationalen Druck erzeugen wollte, um den Austausch gegen den in Deutschland inhaftierten russischen Agenten Vadim Krasikov, den sogenannten Tiergartenmörder, zu forcieren. Die Freilassung Kriegers unterstreicht insofern auch die selektive Instrumentalisierung von Gnade als politisches Werkzeug, das strategisch eingesetzt wird, um die aussenpolitische Manövrierfähigkeit des Regimes zu erweitern.

Was bleibt vom Erzählten?

Die vorangehende Untersuchung der Konstruktion von Wahrheit im belarusischen Staat verdeutlicht, dass wissenschaftliche Auseinandersetzungen sich nicht allein mit der Unterscheidung von Fakten und

32 In einem Interview mit dem deutschen Journalisten Tim Röhn räumte Krieger sämtliche Vorwürfe der belarusischen Justizbehörden ein und bestätigte, in fast allen Anklagepunkten schuldig zu sein – er betont allerdings, nicht darüber in Kenntnis gesetzt worden zu sein, dass der Rucksack mit Sprengstoff beladen war. Gegen Krieger ermittelt mittlerweile auch die deutsche Generalbundesanwaltschaft. Anlass dafür sei unter anderem die vorsätzliche Herbeiführung einer Explosion durch den Einsatz von Sprengstoff. Vgl. dazu Tim Röhn: Am Flughafen schüttelte Scholz ihm noch die Hand, jetzt ermittelt der Generalbundesanwalt, in: Die Welt, 23.08.2024, https://www.welt.de/politik/deutschland/plus253147046/Nach-Todesurteil-Am-Flughafen-schuettelte-Scholz-ihm-noch-die-Hand-jetzt-ermittelt-der-Generalbundesanwalt.html (31.01.2025).

Fiktionen begnügen können. Vielmehr ist eine Analyse der Verfahren erforderlich, durch die Wahrheit produziert wird – insbesondere dort, wo sie als Mittel politischer Herrschaft dient. In Belarus zeigt sich dies nicht nur in der Konstruktion von Feindbildern auf der Grundlage von Extremismus oder Terrorismus, sondern auch in der strategischen Verschiebung gesellschaftspolitischer Konfliktlinien.

Indem das Regime die politische Opposition aus dem Diskursfeld der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in das Feld des Strafrechts überführt, wird jede Form von Dissens als Bedrohung kodiert. Diese Verschiebung wird zudem durch diffuse, wandelbare narrative Strategien flankiert, die den repressiven Charakter des Regimes sowohl verschleiern als auch legitimieren. So belässt es die belarusische Regierung nicht bei der Kriminalisierung von Dissidenz, sondern inszeniert sich als moralische, patriarchale Instanz, die über Leben, Schuld, Reue und letztlich auch über Zugehörigkeit zur nationalstaatlichen Gemeinschaft entscheidet.

Die Auseinandersetzung mit autokratischen Wahrheitskonstruktionen ist damit nicht nur eine Frage politischer Analyse, sondern auch eine epistemologische Notwendigkeit. Angesichts der international zunehmenden Popularität von Autoritarismus sowie der strategischen Manipulation von Wahrheit im geopolitischen Diskurs ist es notwendig, kritisch zu beleuchten, inwiefern solche Mechanismen nicht nur innerhalb einzelner Staaten, sondern auch in transnationalen Machtkämpfen zur Destabilisierung demokratischer Ordnungen eingesetzt werden.

conexus 8/1 (2025) 141–154

© 2025 Nanina Graf. Dieser Beitrag darf im Rahmen der Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 – Creative Commons: Namensnennung/nicht kommerziell/keine Bearbeitungen – weiterverbreitet werden.

https://doi.org/10.24445/conexus.2025.08.009

Nanina Graf, MA, Universität Zürich, Slavisches Seminar, Plattenstrasse 43, 8032 Zürich
nanina.graf@uzh.ch